

Allgemeine Grundsicherung

(Das
Bürger/innen/geld)

I.) Inhaltsverzeichnis	S. 2
II.) Vermutliche Herkunft der Idee	S. 3
III.) Allgemeine Grundsicherung / Bürger/inn/engeld	S. 3
IV.) Zum Vergleich die bisherigen Kosten des Sozialsystems gesamt	S. 4
V.) Die Kosten der beiden verschiedenen Sozialsystemen in Milliarden € monatlich im viermonatigen Vergleich graphisch dargestellt	S. 5
VI.) Der bisherige Medienmüll für den Sozialen Unfrieden statt eines stabilen und gerechten Landes	S. 6
VII.) Die Fakten	S. 6
VIII.) Krankenversicherung	S. 7
IX.) Andere Sozialleistungen	S. 7
X.) Sorgen aus dem gestern vergessen	S. 8
XI.) Andere Variante des Bürger/innen/geldes	S. 8
XII.) Weitere mögliche positive Folgen der Allgemeinen Grundsicherung	S. 9

Milliarden Euro Steuergelder monatlich sparbar

II.) Vermutliche Herkunft der Idee

Eckdaten: die Herkunft einer Idee einer allgemeinen Grundsicherung / eines Bürgergeldes reicht vermutlich bis auf 1200 n. Chr. zurück.

Um 1890 war die allgemeine Grundsicherung schon ein allgemeines Thema und wurde von B. Russel und S. Gesell zur Lösung von (heute noch) aktuellen Problemen empfohlen.

Um 1930 wurde das Bürgergeld in einigen Bayrischen und Österreichischen Gemeinden und auf der Insel Norderney eingeführt und konnte die schlimmen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise dort spürbar mildern. Ehe 200 weitere Gemeinden das Bürgergeld einführen wollten, wurde das kurze Zeit später dann auch leider wieder verboten.

Milton Friedman (+16. November 2006), ein Ökonom der USA, der 1960 eine „Negative Einkommenssteuer“ vorschlug, 1962 auch dazu den Bestseller „Kapitalismus und Freiheit“ schrieb. 1976 erhielt Herr Friedman den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

III.) Allgemeine Grundsicherung / Bürger/innen/geld

Im Sommer des Jahres 2006 war in der Presse zu lesen, dass auch der deutsche Bundespräsident Horst Köhler von den Sozialämtern und den Wohlfahrtsverbänden darum gebeten wurde, sich dafür einzusetzen, dass die Beträge vom ALG II gekürzt werden, weil die ALG II Empfänger/innen über zu viel Geld verfügen würden.

Bei den Massen an Geld, die das jetzige Sozialsystem die Steuerzahler/innen jährlich netto (ohne z. B. die Kosten für die Bürogebäude, die Gehälter für die Mitarbeiter/innen, die Inneneinrichtung der Gebäude, Beratungshilfe und Kosten auch bei den Sozialgerichten, Wachdienste und Strom) kostet (einschließlich der Kosten für z. B. Betroffene in Obdachlosenwohnheimen und Betreuungen in jeglicher Form), würden wir es eher angebracht finden, es gutzuheißen, dass ein Bürgergeld eingeführt wird. Das Bürgergeld ist für jede /n Bürger/in von der Geburt bis zum Tod. Das Bürgergeld sollte von **900 bis 1.000,- € / Person** monatlich betragen.

Bei der schwankenden Einwohner/innen/zahl Deutschlands von 81 bis 87 Millionen Bürger / innen sind dafür zwischen 73 bis 87 Milliarden Euro monatlich brutto notwendig. Von 5/6 bis 6/7 des Geldes, also zwischen 62,5 bis 72,5 Milliarden € des Bürgergeldes werden über die Lohnsteuer wieder zurückgezahlt. Für das Bürgergeld sind somit faktisch **zwischen 10,5 und 14,5 Milliarden € monatlich netto** aufzubringen. Dieses Geld fließt teilweise auch durch die Mehrwertsteuer etc. in den Steuertopf zurück.

Mit dem Bürgergeld sind alle Leistungen des Sozialstaates abgedeckt. ALG I, ALG II, Hilfe in besonderen Lebenslagen, Grundrente, Wohngeld, Wohngeldzuschuß, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen, jede Form von Bafög, Haftentlassenenhilfe usw. entfallen vollständig und ersatzlos. Ausgezahlt werden sollte das Bürgergeld an jedem Monatsanfang auf ein separates Konto, von dem das Geld über eine Geldkarte, die an jedem Geldautomaten akzeptiert wird, abgehoben werden kann. Transaktionen auf das Bürgergeldkonto seitens der Bürger/innen sind nicht möglich. Das Geld auf dem Bürgergeldkonto wird zudem nicht verzinst und kann auch nicht vererbt werden. Das Geld auf dem Bürgergeldkonto kann zudem auch nicht beliehen werden, dementsprechende Verträge sind illegal und nichtig.

Ausnahme: Beleihung des Bürgergeldes (auf bis zu 35 Jahre bis zu 55 % samt Betriebskosten) zum Erwerb von Wohnungseigentum.

Bei einem Verdienst wird ab 450 oder 500 € 20 %, ab 900 oder 1000 € 40 %, usw. über die Lohnsteuer das Bürgergeld zurückgezahlt. Während der Staatlichen Pflichtzeiten wird ein Hortgeld (300 €), ein Kindergartengeld (300 €), ein Schulgeld (250 €) und Studiengebühren (175 €) monatlich fällig. Soldaten während der Wehrpflichtzeit haben die Fahrten von und zu ihren Dienststellen selber vom Bürgergeld zu zahlen. Bürger/innen in Haft wird das Bürgergeld um ebenfalls 450 (mit Maximallohn) bis 625 € (ohne Lohn) monatlich gekürzt (175 € sind als Taschengeld auszuzahlen, 175 € können hinzuverdient werden und 200 € dienen der Haftentlassenenhilfe; diese werden als Überbrückungsgeld zinslos angespart).

81 bis 87 Millionen provisorische Geldkarten zu drucken (die Bürger müssen da für die Geldabnahme ihre Ausweispapiere vorlegen), braucht zwei Wochen Zeit. Virtuelle Konten einzurichten, ebenso. Die Jobcenter, einige Abteilungen von Caritas, Diakonie, DRK und anderen Wohlfahrtsverbänden (etliche Anlaufstellen mit Sozialarbeiter/innen) und Abteilungen von den Arbeitsämtern können zum übernächsten Monatsbeginn komplett geschlossen und die Mitarbeiter/innen, auch Verbeamtet, fristlos entlassen und die Gebäude samt Inneneinrichtungen vom Staat zu sofort verkauft werden.

Es ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz, es müssen keine Bäume mehr sterben, um Bescheide und Gesetzesbücher zu schreiben, Massen an elektrischen Strom können eingespart werden. Es braucht auch kein Kindergeld und kein Wohngeld und auch deren Berechnung nicht mehr - auch diese Leistungen sind mit dem Bürgergeld vollständig abgedeckt. Die Sozialgerichte werden entlastet.

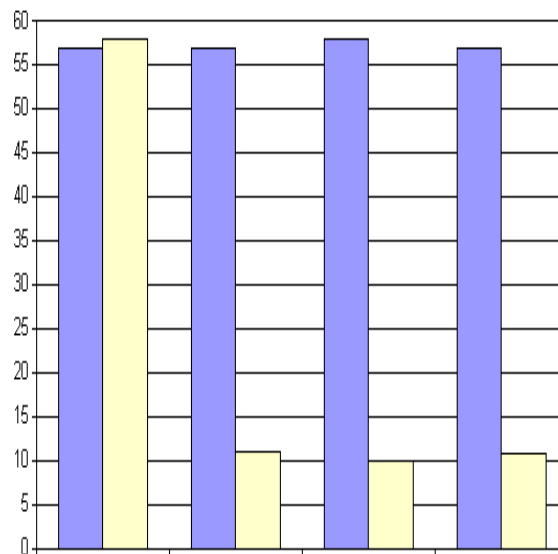
Das Bürgergeld wird bei jedem von uns 81 bis 87 Millionen auf das Extrakonto monatlich eingezahlt und bei Bürger / innen mit Einkommen wird der Betrag gemeinsam mit (oder in) der Lohnsteuer Monatlich wieder anteilig bis völlig vom Privaten Konto wieder abgebucht.

Das auf und abbuchen kann alleinig ein einfaches Computerprogramm und mit der Kontrolle von allem, was das Bürgergeld betrifft, kann man das Finanzamt und den Deutschen Zoll beauftragen. Beide Behörden benötigen dafür keine zusätzlichen Kräfte oder Gelder. Beide Behörden haben nun durch die Mehrwertsteuererhöhung vom Jahr 2006 auf das Jahr 2007 mit einer von 16 auf 19 % erhöhten Mehrwertsteuer ein gleichwertiges Rechenszenario gehabt und dies ohne Probleme gemeistert.

IV.) Zum Vergleich die Kosten des bisherigen Systems gesamt

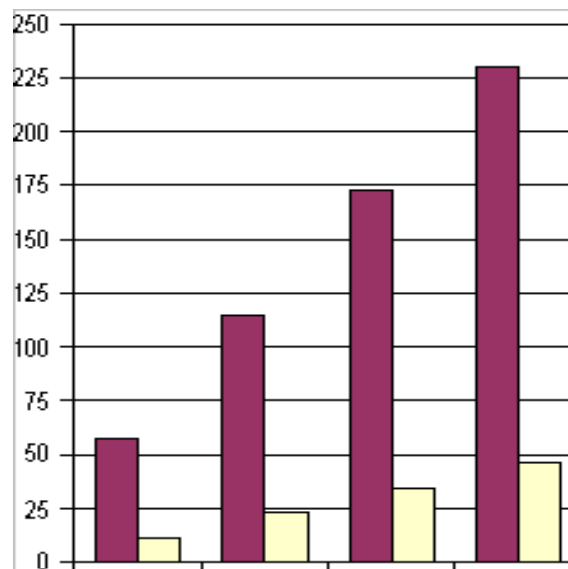
Die herkömmlichen Sozialen Sicherungssysteme Deutschlands saugen **57,75 Milliarden € Monatlich (693 Milliarden € Jährlich)** aus dem Steuertopf (Stand '6)! Nach neuesten Angaben wird das deutsche Sozialsystem den Steuerzahler im Jahre **2007 722 Milliarden € (722.000.000.000,-€)** insgesamt kosten. Der Hintergrund: die Arge / Jobcenter forderten von der Politik mehr Personal an und nahmen ungerechtfertigt jede Menge Kürzungen an den Geldern für die Bedürftigen vor. Das kostet eben. Auch **Papier**. Deutschland ist die mit weitem Abstand ungeschlagene globale Nummer 1 im Papiervollschmierer: **250 Kilogramm / Kopf / a.** Vom Säugling bis zum Greis. Für auch Propaganda, (staatliche) Werbebroschüren, gefälschte Statistiken, Klopapier, Taschentücher und die Behörden"schreiben", mit denen die Bürger verklavt wurden. Ich habe nicht in Erfahrung bringen können, ob da die Gehälter der Angestellten und Beamt/inn/en und die der Sicherheitsdienste, die Kosten für die Häuser und deren Betriebskosten, Papier und Telefon, sowie Klagekosten bei Gericht in diesen Zahlen enthalten ist. Aber diese Zahlen sind auch so schon hoch genug (**tatsächliche Ersparnis siehe Punkt II.)2.))!**

V.) Die Kosten der beiden verschiedenen Sozialsystemen in Milliarden € monatlich im viermonatigen Vergleich graphisch dargestellt



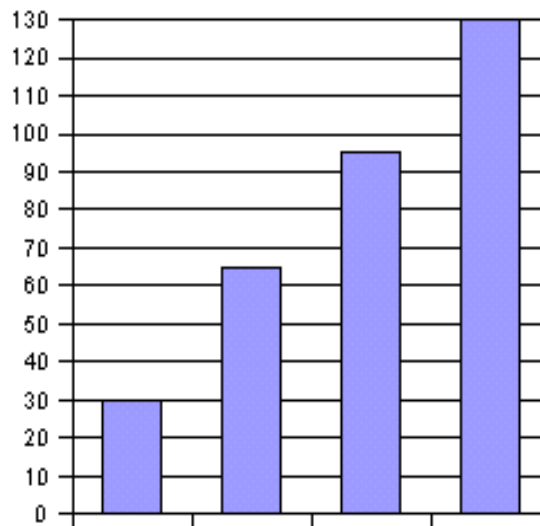
Blauer Balken: Voraussichtliche Kosten der herkömmlichen Sozialen Sicherungssysteme Deutschlands über den Zeitraum von vier Monaten monatlich.

Gelber Balken: Allgemeine Grundsicherung / Bürger/innen/geld über den Zeitraum von vier Monaten ab dem Vormonat der Einführung mit Zusatzkosten wegen der Einführung monatlich.



Roter Balken: Voraussichtliche Kosten der herkömmlichen Sozialen Sicherungssysteme Deutschlands über den Zeitraum von vier Monaten insgesamt.

Gelber Balken: Kosten der allgemeine Grundsicherung über d. Zeitraum von vier Monaten ab dem Vormonat der Einführung mit Zusatzkosten wegen der Einführung insgesamt.



Balken: Vorauss. Ersparnis durch die Einführung der allgemeine Grundsicherung über den Zeitraum von vier Monaten ab dem Vormonat der Einführung abzüglich Zusatzkosten.

VI.) Der bisherige Medienmüll für den Sozialen Unfrieden statt eines stabilen und gerechten Landes

Oft wurde in den Medien die Irreführende Mitteilung verbreitet, dass Arbeitslose und Geringverdiener/innen Faul und Unmotiviert seien und das es die Gesellschaft zerstören würde, wenn sie Geld bekommen würden und diese Anreize für Arbeit bekommen müssen.

Über die Medien wurden damit diese Arbeitslosen und Geringverdiener/innen in dieser Form misshandelt. **Distanzieren Sie sich bloß von so etwas!** Auch, wenn Ihnen selber schon Arbeitslose und Geringverdiener/innen begegnet sind, die Ihnen irgendeinen Schwachsinn erzählt haben. Die Menschen sind von den Ämtern, Behörden und „Sozialstellen“ mitunter jahrelang Psychisch und mitunter sogar Physisch misshandelt worden! Deren Worte sind ähnlich, wie bei manchen Kindern und Jugendlichen, denen Gewalt in der Familie widerfahren sind!

VII.) Die Fakten

Anreiz zum arbeiten ist da. Von diesen 950 bis 1000 € allgemeiner Grundsicherung kann man sich

- 1.) keinen teuren Schmuck kaufen,
- 2.) keine teuren Auto´s leisten,
- 3.) keine teuren Häuser kaufen,
- 4.) keine hoch technischen und großen Wohnungen mieten,
- 5.) keine teuren Elektrogeräte kaufen,
- 6.) keine teure Mobiltelefone kaufen,
- 7.) keine Weltreisen unternehmen,
- 8.) keine teuren Reisen unternehmen.

Darüber, dass bei den finanziellen Ausgabemöglichkeiten nach oben hin keine Grenzen offen sind, sind sich die meisten, vor allem die Westdeutschen Arbeitslosen und Geringverdiener/innen im klaren.

Im klaren darüber, dass es teure Yachten und Villen gibt und Menschen auf dieser Erde, die gesamte Inseln und kleine Länder besitzen. **Also Anreize sind wirklich genügend da!** Deutschland war schon immer ein modernes, fortschrittliches und zukunftsorientiertes Land; ein Land auch der Dichter und Denker. Und das Bestreben dieser Dichter und Denker war es oft auch, das Leben einfacher, schöner und sicherer zu machen. Mit der Einführung dieses Bürger/innen/geldes würde Deutschland damit der Deutschen Tradition und Kultur genüge getan werden.

VIII.) Krankenversicherung

Die Krankenversicherung sollten generell staatlich und für alle sein und in der gleichen Staffelung über die Lohnsteuer finanziert. **Meine Anmerkung:** Ich hatte im Jahr 2000 in den Niederlanden 30,--DM für eine Krankenversicherung bezahlt, für die ich in Deutschland damals 480,--DM bezahlt hatte. Das liegt - vermutlich - nicht nur daran, dass Deutschland nach 1945 von den Besatzungsmächten (auch die Niederlande waren eine Besatzungsmacht), ausgebeutet worden ist. Erinnern Sie sich bitte an einen Satz von Churchill, der etwa wie folgt lautete: „Wenn wir Deutschland weiter zerbomben, können wir die Arbeitskraft der Deutschen nicht mehr ausbeuten!“.

IX.) Andere Sozialleistungen

Alle Sozialleistungen, die zwar benötigt werden, durch das Bürgergeld aber nicht gezahlt werden können, werden über die Krankenversicherung abgewickelt.

Deswegen spart das Bürgergeld inklusive dieser Leistungen der Krankenkassen insgesamt etwa **1/2 bis 2/3** der Beträge für die bisherigen Sozialen Sicherungssysteme. Und zwar durch:

- 1.) weniger Bürokratie (mit allen Folgekosten, d. H. Bürogebäude, ect.),
- 2.) Einschränkung des Missbrauches seitens der Bearbeitung, als auch der Empfänger des Geldes,
- 3.) den Wegfall der Schäden des Missbrauchs der Bisherigen Sozialsysteme.

Durch eine Reform und Kontrolle des gesamten Gesundheitssystems werden letztenendes aber auch dort große Mengen Geld eingespart.

Ein Beispiel: Elektrorollstühle für behinderte Kinder kosten mitunter 12.000 €, sind aber nur 2.500 € (Materialpreis, Entwicklung, Arbeitsaufwand und Transport) wert. Preiswerte Kfz's kosten heuer knapp 9.000 € - doch ein Kfz ist etwas anderes, als ein elektrischer Rollstuhl mit den Mängeln von z. B.:

- 1.) unnötig scharfen Kanten,
- 2.) ohne Sensoren,
- 3.) mit hoher Verletzungsgefahr für die Füße,
- 4.) mit zu kleinen Fronträdern (die so klein sind, dass wirklich jedes Sandkorn bemerkt wird und ein kleiner Kieselstein gefährlich werden kann),
- 5.) wo man sich ein Getriebe und ein Differenzial sparen sollte (indem man an beide Hinterräder einzelne E-Motoren anbaute, die über einen Joystick unterschiedliche Spannungen von der Li - Ion - Batterie bekommen und somit durch verschiedene Drehzahlerhöhung dann den Rollstuhl lenken).

Ein paar Hohlstangen, ein Li - Ion - Akku (127 €), zwei Fahrradräder mit je einem E - Motor (E-Motoren je 49 €), zwei zu kleinen Fronträdern und einem Kunstledersitz, das gesamte mangelhaft durchdacht, miserabel gefertigt, von geringer Qualität kostete 12.000 €! Und dazu noch unzuverlässig, dauernd ging was kaputt. Ungefähr alle 200 Kilometer war eine Reparatur notwendig.

So wird in dem gesamten Krankensystem bisher abkassiert. Erinnern Sie sich noch an die elektrisch verstellbaren Krankenhausbetten, deren E-Motoren zu Kurzschlüssen neigten und die alten Leute, die bettlägerig jämmerlichst in ihren Betten verbrannten? Und die Herstellerfirma, die erst nach einem halben dutzend Toter die E-Motoren zurückrief und anders konstruierte? Und dabei hatten die auch für den Billig - Schrott solche enormen Preise verlangt! Bei dem Gesundheitssystem ist noch einiges zu sparen - zum Wohle der Patient/inn/en!

X.) Sorgen aus dem gestern vergessen

Schon in den 60 er Jahren begriff man in der BRD, dass die Maschinen immer besser wurden und deswegen in der Zukunft sowieso nicht mehr genügend Arbeit für all die Leute vorhanden sein würde.

Das einzige Problem, was man damals sah, war, wie man die Leute beschäftigt, wenn diese zwar genug zum Leben, doch keine Arbeit mehr haben.

Das Problem ist heute zu der Zeit des Klimawandels (die Erde brennt uns selbsttätig ab, wenn wir dagegen nichts unternehmen) einfach nicht mehr gegeben.

Es ist genügend Arbeit auch in dem Bereich da.

Im Moment ist eher das Gegenteil der Fall: Menschen verrichten (auch Job - Center Angestellte und Beamte) unsinnige Arbeiten, bei der zu der Fahrt zum Arbeitsort schon mächtig CO2 erzeugt wird und bei der Arbeit zudem CO2 erzeugt und die Gesellschaft körperlich, geistig und seelisch vergiftet wird.

Mit der Allgemeinen Grundsicherung / dem Bürgergeld währe auch der Alptraum vorbei.

XI.) Andere Variante des Bürger/innen/geldes

Nach dem Motto: Wir Deutschen können auch anders, ganz anders nämlich! Ähnlich, wie in der „Weimarer Republik“ damals. Da bekamen temporär nämlich sozialschwache Frauen, die ein Kind zur Welt bekamen, 2.000,- Reichsmark bar auf die Hand. Dieses Geld war bei den Preisen damals so viel wert, wie 20.000,- € heute, im Jahr 2007!

Es gibt noch andere Varianten des Bürgergeldes, indem auch andere Werkzeuge des Staates genutzt werden, beispielsweise eine, die Deutschland von Sozial Schwachen leer räumt und die Tourist/inn/en und Geschäftskund/inn/en Deutschlands einen Teil zahlen lässt - ein echter Dienstleistungsstaat. Diese Variante beinhaltet eine Mehrwertsteuer von 50 % und 1.500 Euro Bürgergeld monatlich, welches nicht zurückgezahlt werden muss.

Da die tatsächliche Kaufkraft der Bürger/innen Deutschlands damit in Deutschland - durch die höheren Preise verbunden - kaum höher, im Ausland jedoch um einiges höher währe, hätte diese Variante jedoch nicht nur Auswirkungen auf die gesamte EU, sondern auf die gesamte Welt.

Bei dieser Variante könnten die Hilfsbedürftigen nur noch im Ausland leben (ein Leben in Deutschland währe zu teuer) - und dabei dann einen der dortigen Einheimischen überlegenen Lebensstandard führen - und diesen dann lange erklären, warum sie für das Nichtstun so viel Geld haben. Berechnet habe/n wir, ich diese letztere Variante jedoch noch nicht - ich stelle sie aber dennoch hier in den Cyberspace.

Der Chef der Drogeriemarktkette DM, Herr Götz W. Werner hat auch ein Grundsicherungsmodell entworfen: [Unternimm die Zukunft](#).

XII.) Weitere mögliche Folgen der Allgemeinen Grundsicherung

Neue staatliche Investitionen in Gerechtigkeit und Wohlstand durch neue Investitionen in Umweltschonende Projekte sind durch das eingesparte Geld möglich.

In jedem Fall sind die Diktatur - Umstände und die Unterdrückung des zahlenden Westdeutschlands und der Westdeutschen und die Willkür in Ostdeutschland damit beendet. Nehmen wir das Blatt vor dem Mund mal weg: ist Ihnen schon mal der Sicherheitdienst und zudem die gesamten Schwachsinn - redenden Agent/inn/en vor und in den Arbeitsämtern und Job - Centern aufgefallen? Die Arbeit ist uns Westdeutschen miesgemacht worden, wirkliche Rechtsansprüche auf soziale Leistungen bestehen seit Jahren nicht mehr. Die Nachrichten in den Medien über das gesamte Thema Arbeit sind seit etwa 1989 falsch und Volksverhetzend.

Das eingesparte Geld, etwa um 30 Milliarden Euro monatlich in die Entwicklung von neuen, umweltschonenden Technologien und Verkehrssystemen, wie meinem **MK II**, oder dem **MH** gesteckt werden, was jede Menge Arbeitsplätze zu sofort schaffen kann und zudem angesichts des Klimawandels gewisslich ein Schritt in die richtige Richtung - der Zukunft - ist.

Selbst die zum Millenium neuen Windkraftanlagen sind mittlerweile hoffnungslos veraltet. Auch in dem Energie.- und Entwicklungshilfebereich braucht es dringend neue Investitionen.

Mit dem durch die Allgemeine Grundsicherung eingespartem und durch die Neuinvestitionen verdientem Geld, sollte zur Entschuldung Deutschlands eingesetzt werden. Damit nachfolgende Generationen nicht nur für das Zinsenabzahlen der Staatsschulden arbeiten müssen.

Mit freundlichen Grüßen,



Detlev H. Kalis